Rede von Michael Barenboim am 29.11.2025
Kundgebung „Waffenlieferungen an Israel? NICHT in meinem Namen!“

Seit dem 24. November 2025 gilt wieder: Über israelische Bitten nach Waffenlieferungen wird im jeweiligen Fall auf Grundlage einer Einzelfallprüfung entschieden. Damit wurde der am 8. August 2025 angekündigte Stopp neuer Genehmigungen für Waffen, die in Gaza eingesetzt werden können, rückgängig gemacht. Die Begründung dafür lautet: Der sogenannte Waffenstillstand habe sich in den letzten Wochen stabilisiert.

Wir haben seit dem 10. Oktober 2025 diesen sogenannten Waffenstillstand. Aber für Palästinenser*innen gibt es keinen Waffenstillstand. Jeden Tag tötet Israel Palästinenserinnen in Gaza. Es lässt nur einen Bruchteil der versprochenen humanitären Hilfe in ein Gebiet hinein, das es komplett verwüstet hat und das es seit Jahrzehnten illegal besetzt. Israel hat das Territorium Gazas zudem geteilt und diese Teilung mit gelben Blöcken zementiert; israelische Truppen kontrollieren derzeit etwa 58 % des Gebiets direkt. Im Übrigen begeht Israel auch in der Westbank schwerste Menschenrechtsverletzungen, wo Palästinenser*innen massenhaft vertrieben werden. Israel foltert zudem laut diverser Berichte systematisch palästinensische Häftlinge, die zum Teil ohne Anklage festgehalten werden, darunter Kinder.

Unter ihnen findet sich zum Beispiel Dr. Hussam Abu Safiya, Direktor des Kamal-Adwan-Krankenhauses in Gaza. Er wurde Ende Dezember 2024 von Israel entführt (nicht festgenommen, entführt) und wird seitdem unrechtmäßig festgehalten. Ein Bericht der Organisation Physicians for Human Rights Israel (PHRI) vom späten September 2025 besagt, dass sich sein Zustand als „ernst und alarmierend“ darstellt: Er habe fast 25 kg verloren und zeige Anzeichen schwerer Unterernährung und Erschöpfung.

Es gibt für Palästinenser*innen keinen Waffenstillstand.

In der Tagesschau-App stand neulich: „Eigentlich untersagen die Exportrichtlinien der Bundesregierung die Lieferung von Rüstungsgütern in Kriegs- und Krisengebiete. Es gibt aber Ausnahmen. Israels Sicherheit gilt wegen der Ermordung von 6 Millionen Jüd:innen als Staatsräson.“

Diese sogenannte Ausnahme existiert in Wahrheit nicht. Sie werden diese Staatsräson nirgendwo finden – nicht im Grundgesetz, nicht im Strafgesetzbuch. Niemand weiß, was sie ist, aber alle wissen, was sie für Konsequenzen hat, nämlich folgende:

Erstens: Sie legitimiert eine unrechtmäßige Unterstützung Israels mit Waffen.
Zweitens: Sie legitimiert Polizeigewalt gegen friedliche Demonstrierende.
Drittens: Sie bringt kritische Stimmen, insbesondere von Palästinenser*innen, zum Schweigen – wie zuletzt bei der Absage der Veranstaltung „The Targeting of the Palestinian Academia“ an der LMU deutlich wurde.
Und viertens: Sie legitimiert die Verschärfung des Strafrechts sowie des Aufenthalts-, Asyl- und Staatsangehörigkeitsrechts.

Israel begeht seit Oktober 2023 Völkermord an Palästinenserinnen in Gaza. Am 9. Oktober 2023 sagte der damalige israelische Verteidigungsminister Yoav Gallant: „Kein Wasser, keine Nahrung, kein Strom, kein Benzin. Das sind menschliche Tiere, und wir handeln dementsprechend.“ Und sie handelten tatsächlich – und handeln immer noch. Deutschland, so hofften naiv Menschen wie ich, ziehe bei Völkermord eine rote Linie. Aber diese rote Linie gibt es nicht. Weder die grauenhaften Bilder noch die Warnungen von Expert*innen (übrigens schon am 15. Oktober 2023), noch die unzähligen Genozidberichte, noch die völkerrechtlich bindenden Maßnahmen, die der IGH angeordnet hat, noch die Haftbefehle des IStGH, noch die Gutachten des IGH, noch die Anklage vor dem IGH.

Der IGH erinnerte in einem erneuten Gutachten vom Oktober 2025 an Israels Pflicht als Besatzungsmacht, für die Versorgung der Bevölkerung zu sorgen, und betonte die unabdingbare Rolle der UNRWA für die Koordinierung der Hilfe. Wie gehabt ignoriert Deutschland auch dieses Gutachten und enthielt sich erstmals bei einer Vorababstimmung in der UNO zur Mandatsverlängerung der UNRWA.

Das Gutachten vom Juli 2024, das die Unrechtmäßigkeit der gesamten Besatzung des palästinensischen Territoriums festhält, wird ohnehin ignoriert. Dort heißt es unter anderem: „Alle Staaten sind verpflichtet, die sich aus der unrechtmäßigen Präsenz des Staates Israel im besetzten palästinensischen Gebiet ergebende Situation nicht als rechtmäßig anzuerkennen und keine Hilfe oder Unterstützung zur Aufrechterhaltung der durch die fortgesetzte Präsenz des Staates Israel im besetzten palästinensischen Gebiet geschaffenen Situation zu leisten.“

Keine Hilfe oder Unterstützung. Damit sind Waffenlieferungen nach Israel nicht in Einklang zu bringen. Und noch vieles mehr: Hier ist jeder Cent betroffen und jede Kooperation mit mitschuldigen Institutionen, nicht nur militärische Unterstützung. Keine Hilfe oder Unterstützung! Es lohnt sich, darüber nachzudenken, wie radikal die Sprache des IGH ist – und wie sehr Staaten wie Deutschland in ihren Pflichten versagen.

Übrigens: Deutschland selbst steht angeklagt vor dem IGH wegen Beihilfe zum Völkermord.

In diesem Zusammenhang zeigen Dokumente, die DropSiteNews und der Stern aufgedeckt haben, dass Deutschland mit Israel abgestimmt hat, welche Informationen über Waffenexporte gegenüber dem IGH offengelegt werden sollten und welche nicht. Deutschland hat also gegenüber dem IGH und der Weltöffentlichkeit nicht die Wahrheit gesagt, in welchem Umfang es Israel militärisch unterstützt.

Zur Repression gegen Palästinasolidarität in Deutschland nur so viel: Am 16. Oktober 2025 mahnten UN-Expertinnen: „Wir haben gegenüber der deutschen Bundesregierung regelmäßig Besorgnis über unangemessene Einschränkungen palästinensischer Solidaritätsbewegungen geäußert,

darunter Berichten zufolge unbegründete Verbote und die Streichung von Fördermitteln für Organisationen; Einschränkungen friedlicher Versammlungen, Veranstaltungen und ihrer Teilnehmenden; übermäßige Polizeigewalt und willkürliche Inhaftierungen, einschließlich von Minderjährigen; eine weitreichende Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidigerinnen und geschützten Ausdrucksformen im Zusammenhang mit der Verteidigung palästinensischer Identität und Rechte sowie erzwungene Abschiebungen."

Was ist also die sogenannte Staatsräson? Staatsräson ist, wenn man einen Staat militärisch unterstützt, den man nicht unterstützen dürfte. Staatsräson ist, wenn Menschenrechte für alle gelten – außer für Palästinenser*innen. Staatsräson ist, wenn eine Universität wie die LMU Palästinenser*innen zum Schweigen bringt und sich dabei im gleichen Atemzug als „Ort des pluralistischen Diskurses" bezeichnet. Staatsräson ist, wenn einem Mann in Berlin der deutsche Pass entzogen wird wegen Posts auf Social Media. Staatsräson ist, wenn die Polizei Aktivist*innen um 6 Uhr morgens ungefragt besucht, auf Demonstrierende einprügelt und Kinder mit palästinensischen Fahnen jagt.

Und Staatsräson ist, wenn der IGH belogen wird.